

INFO AKTUELL

+ + + *Deine DPoIG Hamburg informiert* + + +

DPoIG: Wir lehnen eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ab!

**Diskussion um Kennzeichnungspflicht: Es muss endlich Schluss sein
mit der Misstrauenskultur gegenüber Polizeibeschäftigten!!!**

**Die *Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)* lehnt eine verpflichtende individuelle
Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ab!**

**Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der *DPoIG Hamburg*: „Wir haben hinsichtlich
der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte keinen Diskussionsbedarf. Auch ohne eine
individuelle Kennzeichnung meiner Kolleginnen und Kollegen ist es heutzutage durch Vi-
deoauswertungen und Zeugenbefragungen kein Problem, Polizeibeamte zu identifizieren
und sie einem konkreten Einsatzgeschehen zuzuordnen. Hier wird eine Scheindiskussion
geführt, die von den Kollegen als Misstrauen und Generalverdacht gegenüber ihrem recht-
mäßigen Handeln empfunden wird. Wir wollen unsere Kollegen vor falschen Beschuldigun-
gen, Nachstellungen und Diffamierungen schützen! Für uns zählt das Wort des Ersten Bür-
germeisters, Olaf Scholz (SPD), dass eine Regelung zur Kennzeichnungspflicht nur einver-
nehmlich mit den Polizeigewerkschaften getroffen werden kann! Damit ist für uns die Dis-
kussion beendet.“**

Hintergrund der aktuellen Diskussion ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschen-
rechte. Das Urteil des Gerichts besagt, dass Beamte im Einsatz identifizierbar sein müssen und
spricht eine Empfehlung (!) aus. Der Leiter der DIE, Georg Krüger, äußerte im „Hamburger Abend-
blatt“, dass die fehlende individuelle Kennzeichnung von Beamten in geschlossenen Einheiten in
der Praxis bei Ermittlungen keine Rolle spiele.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat die Kennzeichnungspflicht nach dem dortigen Wech-
sel der Landesregierung als „überflüssig“ erklärt und in Nordrhein-Westfalen wieder abgeschafft.

In Hamburg gibt es seit 1995 (!) eine Dienstvereinbarung über das freiwillige Tragen von Namens-
schildern. Diese Dienstvereinbarung hat sich bewährt und bedarf keiner Veränderung!

Der Landesvorstand

Hamburg, 17.11.2017

